

Michael J. Sandel

Gerechtigkeit

Wie wir das Richtige tun

Aus dem Amerikanischen
von Helmut Reuter

Das Buch

Preiswucher in Notsituationen, präventives Töten, Abtreibung, aber auch die Übernahme der Verantwortung für von den Vorfahren begangenes Unrecht, positive Diskriminierung oder konsequente Regelanwendung im Sport gegenüber Behinderten – ist so etwas korrekt? Und wenn ja, warum? Nach welchen Grundsätzen soll man verfahren, wenn man in schwierigen Situationen die richtige – sprich: gerechte – Entscheidung treffen soll? Anhand vieler Beispiele aus dem realen Leben, aber auch aus Literatur und Weltgeschichte diskutiert Michael J. Sandel diese für das Gelingen einer Gesellschaft entscheidende Frage. Dabei prüft er die Tauglichkeit moralischer Normen und stellt Philosophen wie Aristoteles, Kant und Rawls einander gegenüber. Er verführt die Leser dazu, eigene Überzeugungen, gesellschaftliche Konventionen und politische Beschlüsse in Frage zu stellen. Und er erläutert sein eigenes Konzept, das weder die reine Handlungsfreiheit noch das Glück der numerischen Mehrheit in den Mittelpunkt stellt, sondern erfordert, dass man sich staatsbürgerlich und moralisch engagiert und das Gemeinwohl im Auge behält.

Der Autor

Michael J. Sandel, geboren 1953, ist politischer Philosoph. Er studierte in Oxford und lehrt seit 1980 in Harvard. Seine Vorlesungsreihe über Gerechtigkeit machte ihn zum weltweit populärsten Moralphilosophen. Sein Buch *Was man für Geld nicht kaufen kann* über die moralischen Grenzen des Marktes stand wochenlang auf der SPIEGEL-Bestsellerliste.

Ullstein

Inhalt

1 Das Richtige tun	9
2 Das Prinzip des größten Glücks UTILITARISMUS	47
3 Besitzen wir uns selbst? LIBERTARIANISMUS	83
4 Bezahlte Helfer MÄRKTE UND MORAL	107
5 Es kommt auf den Beweggrund an IMMANUEL KANT	144
6 Plädoyer zugunsten der Gleichheit JOHN RAWLS	192
7 Eine Frage der Vielfalt POSITIVE DISKRIMINIERUNG	228
8 Wem steht was zu? ARISTOTELES	251
9 Was sind wir einander schuldig? LOYALITÄTSKONFLIKTE	283
10 Gerechtigkeit und Gemeinwohl	334
Anmerkungen	369
Danksagung	397
Register	399

Gerechtigkeit und das gute Leben

Im Verlauf unserer Reise haben wir drei Annäherungen an die Gerechtigkeit erkundet. Einem Ansatz zufolge heißt Gerechtigkeit, den Nutzen oder den Wohlstand zu mehrern – das größte Glück für die größte Zahl von Menschen. Der zweite besagt, Gerechtigkeit bedeute, die Wahlfreiheit zu achten – entweder die tatsächlichen Entscheidungen, die Menschen auf einem freien Markt treffen (die libertarianische Ansicht), oder die hypothetischen Entscheidungen, die Menschen in einer Ursituation der Gleichheit treffen *würden* (die liberale egalitäre Ansicht). Dem dritten zufolge gehört es zur Gerechtigkeit, Tugend zu kultivieren und über das Gemeinwohl nachzudenken. Wie inzwischen deutlich geworden sein dürfte, bevorzuge ich eine Version des dritten Ansatzes. Das möchte ich näher erläutern.

Der utilitaristische Ansatz weist zwei Fehler auf: Erstens macht er Gerechtigkeit und Rechte zu einer nicht auf Grundsätzen, sondern zu einer auf Berechnung beruhenden Angelegenheit. Zweitens versucht er, alle menschlichen Güter in einen einzigen, gleichförmigen Wertmaßstab zu übertragen, wodurch er die qualitativen Unterschiede zwischen ihnen eibebnet.

Die auf Freiheit beruhenden Theorien lösen das erste Problem, nicht aber das zweite. Sie nehmen die Rechte des Einzelnen ernst und halten daran fest, dass Gerechtigkeit mehr ist als bloßes Kalkül. Zwar sind sie untereinander uneins, *welche* Rechte Vorrang vor den utilitaristischen Erwägungen haben sollten, aber sie sind sich darin einig, *dass* bestimmte Rechte grundlegend und zu respektieren sind. Doch abgesehen davon, dass sie gewisse Rechte als achtenswert herausstellen, respektieren sie die Vorlieben der Menschen, wie sie sind. Sie verlangen nicht von uns, die Vorlieben und Wünsche, die wir ins öffentliche Leben ein-

bringen, in Frage zu stellen. Der moralische Wert der von uns verfolgten Ziele, die Bedeutung und das moralische Gewicht unseres Lebens und die Qualität und Art der Gemeinschaft, der wir angehören, sind diesen Theorien zufolge nichts, was wir in unsere Überlegungen zur Gerechtigkeit miteinbeziehen sollten.

Diese Auffassung scheint mir falsch zu sein. Eine gerechte Gesellschaft lässt sich nicht einfach dadurch erreichen, dass man den Nutzen maximiert oder die Freiheit der Entscheidung gewährleistet. Um zu einer gerechten Gesellschaft zu gelangen, müssen wir gemeinsam darüber nachdenken, was es heißt, ein gutes Leben zu führen, und eine öffentliche Kultur schaffen, die mit den unvermeidlich auftretenden Meinungsverschiedenheiten umzugehen weiß.

Die Versuchung ist groß, nach einem Prinzip oder einem Verfahren zu suchen, das die Frage nach der daraus hervorgehenden Verteilung von Einkommen, Macht oder Chancen ein für alle Mal löst. Könnten wir ein solches Prinzip finden, würde es uns in die Lage versetzen, den Tumult und die Streitigkeiten zu vermeiden, die Debatten über das gute Leben stets aufs Neue hervorgerufen.

Doch es ist unmöglich, solchen Auseinandersetzungen aus dem Weg zu gehen. Gerechtigkeit ist unausweichlich mit Wertungen verbunden. Ob wir über Finanzhilfen oder Verwundetenabzeichen, über Leihmutterchaft oder gleichgeschlechtliche Ehen reden, über Quotenregelungen für Minderheiten oder Militärdienst, die Bezahlung von Firmenvorständen oder das Recht, einen Golfkarren zu benutzen – Fragen der Gerechtigkeit gehen stets mit konkurrierenden Vorstellungen von Ehre und Tugend, Stolz und Anerkennung einher. Bei der Gerechtigkeit kommt es nicht allein darauf an, etwas auf die richtige Weise zu verteilen. Es geht auch darum, wie die Dinge richtig zu bewerten sind.

Eine Politik des Gemeinwohls

Wenn es zu einer gerechten Gesellschaft gehört, gemeinsam über das gute Leben nachzudenken, bleibt die Frage, wie der politische Diskurs auszusehen hätte, der uns in diese Richtung weist. Darauf habe ich keine gänzlich ausgearbeitete Antwort, aber ich kann ein paar anschauliche Vorschläge anbieten.

Zunächst eine Beobachtung: Heutzutage kreisen unsere politischen Auseinandersetzungen zumeist um Wohlstand und Freiheit – um die Steigerung der Wirtschaftsleistung und die Achtung der Menschenrechte. Die Verknüpfung von Tugend und Politik halten viele Menschen für eine Spezialität der religiös Konservativen, die den Menschen erzählen wollen, wie sie zu leben haben. Doch das muss nicht zwangsläufig so sein. Die Herausforderung besteht darin, sich eine Politik vorzustellen, die moralische und spirituelle Fragen ernst nimmt, sie aber nicht nur auf Fragen der Sexualität und Abtreibung reduziert, sondern auch in weiter gefassten ökonomischen und staatsbürgerlichen Belangen zum Tragen bringt.

Im Lauf meines eigenen Lebens war es Robert F. Kennedy, der diese Hoffnung am ehesten verkörperte, als er sich 1968 darum bemühte, als Präsidentschaftskandidat der Demokraten nominiert zu werden. Für ihn umfasste Gerechtigkeit mehr als die Steigerung und Verteilung des Bruttoinlandsprodukts – sie schloss auch höhere moralische Ziele ein. In einer Rede an der University of Kansas am 18. März 1968 sprach Kennedy über den Krieg in Vietnam, die Unruhen in Amerikas Städten, Rassenungleichheit und die erdrückende Armut, die er in Mississippi und in den Appalachen angetroffen hatte. Ausgehend von dieser offenkundigen Frage der Verteilungsgerechtigkeit merkte er an, die Amerikaner hätten angefangen, die falschen

Dinge zu schätzen. »Selbst wenn wir uns daran machten, die materielle Armut aus der Welt zu schaffen«, erklärte Kennedy, »gibt es noch eine weitere große Aufgabe. Wir müssen uns der Armut an Zufriedenheit stellen (...), die uns alle betrifft.« Die Amerikaner hätten sich »der bloßen Anhäufung von Dingen« hingegeben.³⁹

Unser nationales Bruttosozialprodukt beträgt mittlerweile 800 Milliarden Dollar jährlich. Doch dieses Bruttosozialprodukt erfasst Luftverschmutzung und Zigarettenreklame und Rettungswagen, die auf unseren Highways die Folgen der Blutbäder beseitigen. Es rechnet Spezialschlösser für unsere Haustüren mit ein und die Gefängnisse für jene Leute, die sie aufbrechen. Es erfasst die Zerstörung der Mammutbäume und die Vernichtung unserer Naturwunder durch chaotische Zersiedelung. Es rechnet Napalm ein, und es zählt Atomsprengköpfe und gepanzerte Fahrzeuge für die Polizei, die Unruhen in unseren Städten bekämpft. Es umfasst (...) die Fernsehprogramme, die Gewalt verherrlichen, um unseren Kindern Spielzeug zu verkaufen. Doch das Bruttosozialprodukt berücksichtigt nicht die Gesundheit unserer Kinder, die Qualität ihrer Ausbildung oder die Freude beim Spielen. Es umfasst nicht die Schönheit unserer Dichtung oder die Stärke unserer Ehen, die Intelligenz unserer öffentlichen Debatten oder die Integrität unserer Staatsdiener. Es misst weder unseren Verstand noch unseren Mut, weder unsere Weisheit noch unsere Bildung, weder unser Mitgefühl noch die Hingabe an unser Land. Kurz, es misst alles außer dem, was das Leben lebenswert macht. Es kann uns alles Mögliche über Amerika mitteilen, doch nichts darüber, warum wir stolz darauf sind, Amerikaner zu sein.⁴⁰

Wer Kennedy gehört hat oder diese Passage liest, könnte vielleicht meinen, dass die moralische Kritik an der Selbst-

zufriedenheit und materialistischen Haltung seiner Zeit nicht zwangsläufig mit seiner Einstellung zur Ungerechtigkeit von Armut, Vietnamkrieg und Rassendiskriminierung zusammenhing. Doch er sah hier sehr wohl eine Verbindung. Um diese Ungerechtigkeiten aufzuheben, war es nach Kennedys Ansicht notwendig, den selbstgefälligen Lebensstil in Frage zu stellen, den er in seiner Umgebung wahrnahm. Er hielt sich mit Wertungen nicht zurück, doch indem er den Stolz der Amerikaner auf ihr Land ins Spiel brachte, appellierte er zugleich auch an den Gemeinsinn.

Knapp drei Monate darauf wurde Kennedy ermordet. Wir können nur spekulieren, ob die klangvoll angekündigte Politik Früchte getragen hätte, wenn er am Leben geblieben wäre.

Vier Jahrzehnte später nutzte Barack Obama während des Präsidentschaftswahlkampfes 2008 ebenfalls Amerikas Hunger nach einem reicheren öffentlichen Leben und artikuliert eine von moralischem und spirituellem Streben geprägte Politik. Ob es ihm – trotz Finanzkrise und Rezession – gelingt, den moralischen und gesellschaftlichen Schwung seiner Kampagne in eine neue Politik des Gemeinwohls umzusetzen, bleibt abzuwarten.

Wie könnte eine neue Politik des Gemeinwohls aussehen? Hier einige mögliche Themen:

1. Bürgerschaft, Opfer und Dienst an der Gemeinschaft

Wenn eine gerechte Gesellschaft einen ausgeprägten Gemeinsinn erfordert, dann muss sie einen Weg finden, in den Bürgern die Sorge um das Ganze zu kultivieren – ihnen die Hingabe an das Gemeinwohl näherzubringen. Gegenüber den Haltungen und Absichten, den »Gewohnheiten des Herzens«, die die Bürger ins öffentliche Leben einbringen,

kann die Gesellschaft nicht gleichgültig sein. Sie muss versuchen, sich gegen vollkommen aufs Private reduzierte Vorstellungen vom guten Leben zu stemmen und staatsbürgerliche Tugenden zu pflegen.

Seit jeher ist die öffentliche Schule ein Ort staatsbürgerlicher Erziehung gewesen – für einige Generationen war es auch das Militär, das diese Funktion erfüllt hat. Ich meine hier nicht in erster Linie den expliziten Staatskundeunterricht, sondern die praktische, oft unbeabsichtigt staatsbürgerliche Erziehung, die sich ergibt, wenn junge Menschen aus unterschiedlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, religiösen Milieus und ethnischen Gemeinschaften in einer gemeinsamen Institution zusammenkommen.

In unserer Zeit sind viele öffentliche Schulen in prekärem Zustand, und nur ein kleiner Bruchteil der amerikanischen Gesellschaft dient beim Militär. Insofern ist es eine schwierige Frage, wie eine so weit gespannte und inhomogene Demokratie wie die der USA die Solidarität und den Sinn für gegenseitige Verantwortung kultivieren kann, die für eine gerechte Gesellschaft erforderlich sind. Eine Frage, die neuerdings auch wieder in der Politik aufgeworfen wurde.

Während des Wahlkampfes von 2008 stellte Barack Obama fest, dass die Ereignisse des 11. September 2001 bei den Amerikanern einen Sinn für Patriotismus und Stolz und einen neuen Willen angeregt hätten, ihrem Land zu dienen. Und er kritisierte Präsident George W. Bush, weil er die Amerikaner nicht zu irgendeiner Form des gemeinsamen Opfers aufgefordert hatte. »Anstatt dass man uns aufgerufen hätte, dem Land zu dienen«, sagte Obama, »forderte man uns auf, einkaufen zu gehen. Statt eines Aufrufs zu einem gemeinsamen Opfer spendierten wir den reichsten Amerikanern – zum ersten Mal in unserer Geschichte zu Kriegszeiten – Steuernachlässe.«⁴¹

Obama schlug vor, den staatlichen Freiwilligendienst dadurch zu fördern, dass man Studenten als Gegenleistung für 100 Stunden Arbeit in öffentlichen Diensten einen Teil der College-Gebühren ersparte. »Ihr investiert in Amerika, und Amerika investiert in euch«, erklärte er jungen Leuten, als er im Wahlkampf quer durchs Land reiste. Der Vorschlag sollte sich als eine seiner populärsten Ideen erweisen, und im April 2009 unterzeichnete er ein Gesetz, das das Programm der Gemeinschaftsdienste bei AmeriCorps erweiterte und College-Gelder für Studenten bereitstellte, die in ihren Gemeinden Freiwilligendienste übernahmen. Doch trotz der Resonanz, die Obamas Aufruf zu nationalen Freiwilligendiensten hervorrief, sind ehrgeizigere Vorschläge für nationale Pflichtdienste nicht in die politische Agenda aufgenommen worden.

2. Die moralischen Grenzen der Märkte

Eine der auffälligsten Tendenzen unserer Zeit ist die Ausdehnung der Märkte und des marktorientierten Denkens auf Lebensbereiche, die traditionell von anderen Normen beherrscht wurden. In einigen der vorangegangenen Kapiteln haben wir uns mit jenen moralischen Fragen befasst, die sich ergeben, wenn Länder militärische Dienstleistungen und die Befragung von Gefangenen an Söldner oder Privatunternehmen auslagern, wenn Eltern die Schwangerschaft und Geburt bezahlten Leihmüttern in Entwicklungsländern überlassen oder wenn Menschen Nieren auf dem freien Markt kaufen und verkaufen. Andere Beispiele gibt es zuhauf: Sollten Studenten in Schulen mit unterdurchschnittlichen Leistungen Geld angeboten bekommen, wenn sie bei genormten Tests gut abschneiden? Sollten Lehrer Boni erhalten, wenn sie die Prüfungsergebnisse ihrer Stu-

denten verbessern? Sollten Staaten gewinnorientierte Firmen dafür bezahlen, ihre Strafgefangenen unterzubringen? Sollten die USA ihre Einwanderungspolitik vereinfachen, indem sie den Vorschlag eines Ökonomen der University of Chicago aufgreifen, die US-Staatsbürgerschaft für eine Gebühr von 100 000 Dollar zu verkaufen?²⁴²

Bei diesen Fragen geht es nicht nur um Nutzen und Übereinkunft. Sie drehen sich auch darum, wie zentrale soziale Praktiken zu bewerten sind – Militärdienst, Schwangerschaft, Unterricht und Lernen, Strafrecht, Einwanderung und so weiter. Weil die Vermarktung sozialer Praktiken die sie definierenden Normen beschädigen oder entwerten kann, müssen wir fragen, welche Normen wir davor bewahren wollen, der Marktlogik anheimzufallen. Dies erfordert eine öffentliche Debatte über konkurrierende Vorstellungen zu der Frage, wie Güter angemessen zu bewerten sind. Märkte taugen zur Organisation produktiver Tätigkeiten, doch wenn wir nicht wollen, dass sie die Normen sozialer Einrichtungen neu formulieren, brauchen wir eine öffentliche Debatte über die moralischen Grenzen der Marktwirtschaft.

3. Ungleichheit, Solidarität und staatsbürgerliche Tugend

Innerhalb der USA hat sich die Kluft zwischen Reich und Arm in den letzten Jahrzehnten vertieft und eine Größenordnung erreicht, die man seit den 30er Jahren nicht mehr erlebt hat. Doch in der Politik spielt Ungleichheit nach wie vor keine große Rolle. Selbst Barack Obamas bescheidener Vorschlag, bei der Einkommensteuer zu den Sätzen der 90er zurückzukehren, veranlasste seine republikanischen Gegner, ihn als Sozialisten zu bezeichnen, der den Wohlstand umverteilen wolle.

Anders als die Tagespolitik thematisierte die politische Philosophie immer wieder Fragen der sozialen Ungleichheit. Seit den 70ern bis in die Gegenwart ist die gerechte Verteilung von Einkommen und Wohlstand ein zentraler Bestandteil ihrer Debatten. Doch die Neigung der Philosophen, die Frage in Begriffen des Nutzens oder der Vereinbarung zu fassen, führt dazu, dass sie genau das Argument gegen Ungleichheit übersehen, das für das Projekt einer moralischen und staatsbürgerlichen Erneuerung von entscheidender Bedeutung ist und in der Politik Gehör finden könnte.

Einige Philosophen, die die Reichen besteuern möchten, um den Armen zu helfen, argumentieren im Namen des Nutzens: Nimmt man einem Reichen 100 Dollar und gibt sie einem Armen, dürfte man das Glück des Reichen nur geringfügig vermindern, das Glück des Armen dagegen stark steigern. Auch John Rawls vertritt eine Politik der Umverteilung, wenn auch aufgrund einer hypothetischen Vereinbarung. Wenn wir uns, meint er, einen hypothetischen Gesellschaftsvertrag in einer Ursituation der Gleichheit vorstellten, so würde jedermann einem Grundsatz zustimmen, der eine Form der Umverteilung unterstützte.

Es gibt jedoch einen dritten, bedeutenderen Grund, sich wegen der wachsenden Ungleichheit in Amerika Sorgen zu machen: Eine zu große Kluft zwischen Reich und Arm untergräbt die Solidarität, die für eine demokratische Bürgerschaft unerlässlich ist. Aufgrund der großen sozialen Ungleichheit entfernt sich die Lebenswelt der Reichen zunehmend von jener der Armen. Die Begüterten schicken ihre Kinder auf Privatschulen (oder öffentliche Schulen in reichen Vorstädten) und überlassen die innerstädtischen öffentlichen Schulen den Kindern aus Familien, die keine Wahl haben. Ein ähnlicher Trend führt dazu, dass die Privilegierten aus anderen öffentlichen Institutionen und Ein-

richtungen abwandern.⁴³ Private Fitnessklubs ersetzen städtische Freizeitanlagen und Schwimmbäder. Gehobene Wohnanlagen werden durch private Sicherheitsdienste bewacht und nicht mehr ausschließlich durch die Polizei. Mit dem Zweit- oder Drittwagen entfällt die Notwendigkeit, öffentliche Verkehrsmittel zu nutzen. Und so fort. Die Begüterten ziehen sich aus den öffentlichen Orten und Diensten zurück und überlassen sie denen, die sich nichts anderes leisten können.

Das wirkt sich in zweifacher Hinsicht schädlich aus, fiskalisch und auf die Zivilgesellschaft. Erstens verfallen öffentliche Einrichtungen, weil diejenigen, die sie nicht mehr nutzen, immer weniger gewillt sind, sie mit ihren Steuern zu finanzieren. Zweitens hören öffentliche Institutionen wie Schulen, Parks, Spielplätze und Gemeindezentren auf, Orte zu sein, an denen Bürger aus unterschiedlichen Lebenswelten aufeinandertreffen. Einrichtungen, die einst Menschen zusammenbrachten und als informelle Schulen staatsbürgerlicher Tugend dienten, werden immer seltener. Die Aushöhlung des öffentlichen Raums erschwert es, die Solidarität und den Gemeinschaftssinn zu pflegen, von denen eine demokratische Zivilgesellschaft abhängt.

Ungleichheit kann demnach die staatsbürgerliche Tugend zersetzen – eine Tatsache, welche in den Markt verliebte Konservative und Liberale, die ein Problem mit der Umverteilung haben, gerne übersehen.

Wenn die Erosion des öffentlichen Raums das Problem ist – was ist dann die Lösung? Eine Politik des Gemeinwohls würde sich nicht zuletzt das Ziel setzen, die Infrastruktur des zivilen Lebens zu erhalten und auszubauen. Sie würde sich nicht so sehr auf eine Umverteilung zugunsten des für alle erreichbaren privaten Konsums konzentrieren. Vielmehr würde sie die Begüterten besteuern, um öffentliche Einrichtungen und Dienstleistungen wieder so

auszubauen, dass Reiche wie Arme gleichermaßen gern davon profitieren.

Frühere Generationen haben massiv in ein Netzwerk aus Bundesschnellstraßen investiert, was den Amerikanern beispiellose individuelle Mobilität und Freiheit bescherte, aber auch dazu beitrug, dass sie auf ein privates Auto angewiesen waren. Das wiederum führte zur Zersiedelung des städtischen Umlands, zu Umweltzerstörung und zu Verhaltensmustern, die die Gemeinschaft zersetzten. Die heutige Generation könnte sich für eine ebenso konsequente Investition in eine Infrastruktur zugunsten zivilgesellschaftlicher Erneuerung einsetzen: öffentliche Schulen, in die Reiche und Arme gleichermaßen ihre Kinder schicken möchten, öffentliche Transportsysteme, die so zuverlässig sind, dass sie Pendler mit gehobenem Einkommen anziehen, und öffentliche Krankenhäuser, Spielplätze, Parks, Freizeiteinrichtungen, Büchereien und Museen, die zumindest im Idealfall Menschen aus ihren bewachten Wohnanlagen in die öffentlichen Räume einer gemeinsamen demokratischen Bürgerschaft locken.

Stellt man die negativen Folgen der Ungleichheit für die Zivilgesellschaft heraus und zeigt Möglichkeiten auf, diesen Trend umzukehren, könnte sich daraus eine politische Zugkraft ergeben, die eine Auseinandersetzung über die Einkommensverteilung als solche niemals entwickeln könnte. Es würde auch dazu beitragen, die Verbindung zwischen Verteilungsgerechtigkeit und dem Gemeinwohl deutlicher in den Köpfen der Menschen zu verankern.

4. Eine Politik des moralischen Engagements

Manche halten eine öffentliche Beschäftigung mit Fragen des guten Lebens für einen Übergriff, für eine Reise über

die Grenzen liberaler öffentlicher Vernunft hinaus. Oft glauben wir, Politik und Recht sollten nicht in moralische und religiöse Auseinandersetzungen verwickelt werden, weil damit der Weg zu Zwang und Intoleranz geöffnet werde. Diese Sorge ist berechtigt. Bürger pluralistischer Gesellschaften sind in Sachen Moral und Religion uneins. Selbst wenn es dem Staat, wie ich vorgebracht habe, nicht möglich ist, in Hinblick auf diese Meinungsverschiedenheiten neutral zu sein: Ist es nicht trotzdem möglich, unsere Politik auf der Grundlage gegenseitigen Respekts zu betreiben?

Ich meine ja. Doch dazu brauchen wir ein robusteres und engagierteres staatsbürgerliches Leben als jenes, woran wir uns gewöhnt haben. In den letzten Jahrzehnten hat sich bei uns die Annahme verbreitet, Achtung für die moralischen und religiösen Überzeugungen unserer Mitbürger laufe darauf hinaus, dass wir sie – zumindest in politischen Zusammenhängen – ignorieren und in unserem öffentlichen Leben außen vor lassen. Diese Vermeidungshaltung kann aber zu einem Pseudorespekt führen. Häufig bedeutet dies, dass moralische Uneinigkeit eher unterdrückt als tatsächlich vermieden wird – was zu Gegenreaktionen und Ressentiments führen kann. Außerdem zieht es einen verkümmerten öffentlichen Diskurs nach sich, der von einem Nachrichtenzyklus zum nächsten taumelt und sich vorwiegend mit Skandalen, Sensationen und Trivialitäten befasst.

Eine robustere Diskussionskultur könnte statt einer schwächeren eine stabilere Basis für gegenseitigen Respekt hervorbringen. Anstatt den moralischen und religiösen Überzeugungen aus dem Weg zu gehen, die von unseren Mitbürgern ins öffentliche Leben eingebracht werden, sollten wir uns eher direkt mit ihnen beschäftigen – sie also manchmal in Frage stellen oder bestreiten und gelegentlich auch von ihnen lernen. Es gibt keine Garantie, dass öffentliches Nachdenken über schwierige moralische Fragen in

jedem Fall zu einer Übereinstimmung führt oder auch nur zu einer Wertschätzung für die moralischen und religiösen Ansichten anderer. Es kann immer sein, dass, je mehr wir über eine moralische oder religiöse Doktrin erfahren, wir sie desto weniger schätzen. Doch das können wir nur wissen, nachdem wir uns mit ihr auseinandergesetzt haben.

Das Ideal einer Politik moralischen Engagements ist nicht nur anregender als eine Politik der Vermeidung. Sie ist auch eine verheißungsvollere Grundlage für eine gerechte Gesellschaft.